

# Pressemitteilung



**Frank Junge**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

---

Berlin, den 28. Juni 2018

---

## **THW wird im Bundeshaushalt gestärkt**

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf Initiative der SPD eine Reihe von Entscheidungen gefällt, von denen das Technische Hilfswerk (THW) und seine über 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer massiv profitieren. Der SPD-Bundestagabgeordnete Frank Junge ist sehr zufrieden mit den Entscheidungen zugunsten des THW, die gestern Nacht im Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen wurden:

"Zur weiteren Unterstützung und Entlastung der Ehrenamtlichen haben wir die hauptamtlichen Strukturen mit 120 zusätzlichen Stellen für die Aufgaben des Liegenschaftsmanagements, des Arbeitsschutzes und der IT-Sicherheit gestärkt. Außerdem haben wir 74 Stellen entfristet. Gerade das war meiner Fraktion ein wichtiges Anliegen.

Außerdem wurde gestern die weitere Finanzierung der Kampagne zur Nachwuchswerbung mit 3,2 Mio. Euro sichergestellt - und damit geplante Kürzungen von Bundesinnenminister Horst Seehofer wieder rückgängig gemacht.

Für mich als SPD-Bundestagsabgeordneter war aber besonders wichtig, die seit 20 Jahren unveränderten Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche um 800.000 Euro auf 3,2 Mio. Euro zu erhöhen. Damit sollen künftig Entschädigungen von 30 bis zu 800 Euro pro Ehrenamtlichen und Jahr gezahlt werden können.

Die Kameradinnen und Kameraden des THW leisten Außerordentliches im Einsatz für ihre Mitmenschen. Die Hilfe in Krisensituationen und das ehrenamtliche Engagement in den Verbänden vor Ort zeichnen das THW aus. Das verdient weiterhin unsere volle Unterstützung. Deshalb bin ich auch froh, dass wir uns im Bundestag erneut erfolgreich für Verbesserung zugunsten des THW durchgesetzt haben."

In den vergangenen Jahren gab es bereits einige Verbesserungen für das THW: Das 2015 beschlossene Bau- und Sanierungsprogramm für marode THW-Unterkünfte in Höhe von 27 Mio. Euro (2015-2018), die dauerhafte Erhöhung der Mittel für die Ortsverbände um 8 Mio. Euro (2016), das 2017 beschlossene Fahrzeugprogramm in Höhe von 100 Mio. Euro (2017-2023) und die 358 zusätzlichen Stellen (2016/2017).